

Schizophren, realitätsfern und unglaubwürdig?

Integrationspolitik und die Herausforderungen für die politische Bildung

Die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) arbeitet seit Ende 2015 in verschiedenen Projekten mit Geflüchteten zusammen. Ziel ist es, Migrantinnen und Migranten für die politische Bildung zu begeistern und sie als Trainer/-innen zu qualifizieren. In diesem Beitrag wird von den Erfahrungen dieser Zusammenarbeit berichtet und werden Herausforderungen sowohl für die politische Bildung als auch die Gesellschaft benannt. von Eric Wrasse

Seit 2015 haben ca. 60 Personen an den Qualifizierungsprogrammen der EJBW teilgenommen, darunter Asylsuchende aus Syrien, Afghanistan und Westafrika. Sie haben eigene Bildungsangebote entwickelt und diese mit Jugendlichen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der (Jugend-)bildungsarbeit, ehrenamtlich Engagierten, Lehrerinnen und Lehrern, Polizistinnen und Polizisten u. a. durchgeführt. Momentan arbeitet die EJBW im Rahmen des Innovationsfonds des BMFSFJ daran, aus dieser Gruppe einen Trainer/-innenpool zu bilden. Eine Videodokumentation zum Projekt findet sich auf dem YouTube-Kanal der EJBW unter dem Titel „Civic Education by & for Refugees // Train the Trainer Program“.

Schizophren: Wollen wir Geflüchtete integrieren oder lieber doch nicht?

Deutschland hat seit 2015/2016 eine im Vergleich zu den Vorjahren sehr große Anzahl an Geflüchteten aufgenommen, vielen von ihnen – besonders denjenigen aus Syrien – wurde zeitlich begrenzt Asyl gewährt. Diese Tatsache hat zum einen eine Diskussion darüber befördert, wie gastfreundlich (Stichwort „Willkommenskultur“), aufnahmebereit und aufnahmefähig (Stichwort „Obergrenze“) die

Gesellschaft in Deutschland ist. Zum anderen hat sie eine Auseinandersetzung darüber genährt, wie hilfsbedürftig, hilfswürdig (Stichworte „Wirtschaftsflüchtling“, „Flucht in die Sozialsysteme“), integrationswillig und -fähig (Stichwort „Kölner Silvesternacht“) die neu hinzugekommenen Menschen sind.

Neben diesen Diskussionen hat der Zustrom an Geflüchteten vor allem aber zu einer Welle gesetzlicher und exekutiver Maßnahmen geführt, die darauf abzielen, dass weniger bis keine Geflüchtete mehr in die EU bzw. nach Deutschland gelangen können (EU-Türkei-Deal, Sperrung der Balkanroute, Durchsetzung der Dublin-Vereinbarungen) und dass die Zahl derjenigen, die Asyl erhalten, verringert bzw. dass die Ausreise derjenigen, die keinen Schutzstatus erhalten, beschleunigt wird (Beschleunigung der Asylverfahren, Sichere Herkunftsländerregelung, Abschiebezentren, subsidiärer Schutz, Aussetzung des Familiennachzuges etc.).

Die Mehrheit der Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Heimat verlassen und Schutz in Europa oder Deutschland suchen, sehen sich demzufolge mit einer Politik der Exklusion konfrontiert: geschlossene EU-Außengrenzen, Rückführungsabkommen, Einschränkung der →

Asylgründe, Beschleunigung der Verfahren, Abschiebepaxis auch in unsichere Länder wie Afghanistan etc. Gleichzeitig gibt es staatlich geförderte Maßnahmen, die eine Integration bzw. Inklusion Geflüchteter in Deutschland befördern sollen. Im Bereich politische Bildung wurde in den letzten Jahren eine ganze Reihe davon durchgeführt. Die *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb* unterstützt z. B. seit 2016 Modellprojekte im Bereich der politischen Bildung im Kontext von Flucht und Asyl; große, verbandsübergreifende Programme wie „Empowered by Democracy“ wurden aufgelegt (siehe die Informationen dazu in diesem Heft, S. 42 f.).

Hoffnungslos: Wieviel Kraft haben Geflüchtete für Bildung und Engagement?

Die Situation der Geflüchteten ist sehr heterogen, abhängig vom Status, den sie im Asylverfahren haben (im Antragsprozess begriffen, anerkannt oder abgelehnt, vorübergehend geschützt, ausreisepflichtig, geduldet etc.). Für viele Geflüchtete, die an unseren Projekten in den letzten drei Jahren teilgenommen haben, war und ist die Situation sehr prekär und mit großer Unsicherheit in Bezug auf ihre Zukunft verbunden. Sie fühlen sich existenziell bedroht und fürchten beispielsweise, dass ihrem Asylantrag nicht stattgegeben wird und sie abgeschoben werden. Sie erleben



Teilnehmende des Train the Trainer-Programms in der EJBW

Foto: Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

das Handeln des deutschen Staates als ein Handeln, das sie ausschließt und ihnen grundlegende Rechte, wie das Recht auf Schutz des Lebens, Freizügigkeit, Familie, Privatsphäre, Bildung, Arbeit, geschweige denn politische Meinungsäußerung vorenthält. Sie befürchten oft sogar, dass politisches Engagement oder Beteiligung an politischer Bildung ihr Asylverfahren negativ beeinflussen könnte.

Gleichzeitig gibt es eine Reihe von Geflüchteten in Deutschland, die politisch sehr aktiv sind und sich zum Beispiel für bessere Lebensbedingungen und Grundrechte für Geflüchtete einsetzen (Aktionen wie die „Karawane“: Marsch Geflüchteter nach Berlin) oder gegen Abschiebungen kämpfen.

Realitätsfern: Politische Teilhabe Geflüchteter

Geflüchtete sind in vielerlei Hinsicht deutschen Staatsbürgern oder Ausländern in Deutschland juristisch nicht gleichgestellt. Ihre bürgerlichen und politischen Rechte sind stark eingeschränkt, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten daher sehr begrenzt bis nicht vorhanden. Vor diesem Hintergrund sind Programme der politischen Bildung, die auf Teilhabe zielen, realitätsfremd. Dem „Empowerment“ von Geflüchteten sind juristisch und staatlich enge Grenzen gesetzt. Jedem Träger muss die Situation der Geflüchteten bewusst sein, die überwiegend von Prekarität, Unsicherheit, Ausschluss- und Diskriminierungserfahrungen geprägt ist. In diesem Zusammenhang kann nur sehr leise und behutsam von „Power“ bzw. „Empowerment“ geredet werden, weil man es vor allem mit dem Nichtvorhandensein von „Power“, mit Ohnmacht zu tun hat.

Maßnahmen der Partizipation müssen daher an folgenden Punkten ansetzen:

- Stärkung des Selbstwertgefühls
- Vernetzung und Herausholen aus der Isolierung, Kontakte schaffen
- Arbeit an Diskriminierungserfahrungen, Strategien zur Gegenwehr
- Impulse und Unterstützung bieten bei der Selbstorganisation
- Strukturwissen vermitteln: Was müsst ihr machen, um eine Demonstration durchzuführen, einen Raum für Treffen zu erhalten? etc.
- Lobby/eine Stimme sein für Belange der Zielgruppe

Bitte auf keinen Fall: „Helfen“ und „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“

Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Geflüchteten oder ihren Selbstorganisationen ist aufgrund der Statusunterschiede nicht möglich, da sie überhaupt nicht über dieselben Ausgangspositionen und Ressourcen verfügen, wie sie beispielsweise Deutschen und Projektträgern in Deutschland zur Verfügung stehen. Es kann daher nur um eine wertschätzende, respektvolle, lernende, unterstüt-

zende Haltung im Bewusstsein struktureller Ungleichheiten und struktureller Diskriminierung und Exklusion gehen. Keinesfalls um Paternalismus oder „Helfen“.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich eine Haltung des Zuhörens, des Zurverfügungstellens und Teilens von Ressourcen, der Öffnung von Kontakten und Zugangswegen und die Schaffung von (Frei)Räumen.

Es empfiehlt sich eine Zusammenarbeit mit Migrant/innenselbstorganisationen (MSO) wie „Jugendliche ohne Grenzen“, „Women in Exile“, „La voix des sans-voix“, „Afghanischer Aufschrei“, „Afrique-Europe Interact“ u. a. Die Haltung sollte sein, den Kontakt zu diesen Organisationen zu suchen, von ihnen zu lernen und ihre Expertise bei der Planung von Projekten einzubeziehen.



Teilnehmende des Train the Trainer-Programms in der EJBW
Foto: Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Bei der Zusammenarbeit mit MSOs ist neben dem Bewusstsein über strukturelle Unterschiede auch ein Bewusstsein darüber entscheidend, dass sich Träger der politischen Bildung von manchen MSOs in ihren satzungsmäßigen Prinzipien und Zielen unterscheiden können. Die Planung und Durchführung von politischer Aktion beispielsweise ist nicht Gegenstand politischer Bildung.

Unglaubwürdig: Westliche Werte?

Die Vermittlung dessen, was eine Demokratie ausmacht und wie man sich aktiv in ihr engagieren kann, ist wichtiger Bestandteil politischer Bildung. Dazu gehört auch die Vermittlung demokratischer Werte und der Menschenrechte. Viele Geflüchtete kommen aus nicht-demokratischen Staaten oder fliehen aus politischen Gründen bzw. weil ihre Menschenrechte im Herkunftsland verletzt wurden. Sie sind wenig vertraut mit demokratischen Prozeduren.

Gleichzeitig sind es gerade Geflüchtete, die bei politischen Protesten in ihren Heimatländern Demokratie und Mitbestimmung, Meinungsfreiheit etc. eingefordert haben; Menschen, die politisiert sind und – anders als viele Menschen in Deutschland – für bestimmte Rechte auf die Straße gegangen sind und persönliche Konsequenzen dafür mutig in Kauf genommen haben. Müssen diese Menschen noch lernen, was politisches Engagement und Zivilcourage bedeutet?

Das Image westlicher Demokratien ist gerade in vielen Herkunftsländern von Geflüchteten stark angeschlagen. Es ist geprägt durch Erfahrungen von Kolonialismus, Neokolonialismus, wirtschaftlicher Ausbeutung, ungleichen Handelsbeziehungen, militärischer Intervention, Rüstungsexporten, Stellvertreterkriegen, Unterstützung und Einsetzung diktatorischer Regime, Sturz demokratisch gewählter Regime und kultureller Hybris. Die Politik westlicher Demokratien kann vielerorts als mit oder hauptverantwortlich dafür gesehen werden, dass Menschen überhaupt aus ihrem Land fliehen müssen. Dies wird sehr eindrücklich in der päpstlichen Schrift „Laudato si“ thematisiert. Auch die von der EU proklamierten demokratischen Werte und der Schutz von Menschenrechten stehen angesichts tausender Toter im Mittelmeer in Frage.

Vor diesem Hintergrund sollte sich Demokratielernen auch mit den konkreten Politiken westlicher Demokratien und Deutschlands und der Analyse von Fluchtursachen bzw. von Ursachen traumatischer Erlebnisse auf der Flucht auseinandersetzen. Beispielsweise mit der Geschichts-, Außen-, Verteidigungs-, Handels- und Innenpolitik Deutsch-

Wer die Integration Geflüchteter möchte, muss die Ausgangsbedingungen dafür schaffen.

lands und der EU. Und einen kritischen Dialog im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit führen.

Ein Ansatz der Wertevermittlung ist vor diesem Hintergrund problematisch, da er durch die Ambivalenz staatlicher Politik diskreditiert wird. Auch vor dem Hintergrund eines wachsenden Populismus und von Einstellungen in Deutschland (Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der Universität Bielefeld etc.) ist sehr fraglich, ob und in welchem Umfang viele Deutsche hinter demo-→

kratischen Werten stehen und diese glaubhaft vertreten können.

Die politische Bildung hat eine klare Position in dieser Debatte, sie ist Demokratie- und Menschenrechtsbildung, muss aber vor dem Hintergrund des Beschriebenen sehen, dass sie die von ihr hochgehaltenen Werte nicht nur an Geflüchtete, sondern vor allem auch an die eigene Gesellschaft vermitteln muss.

Vorsicht ist auch bei der Vermittlung und Preisung von Grundrechten zu üben, wenn man es mit einer Zielgruppe zu tun hat, der viele dieser Werte vorenthalten werden (z. B. Recht auf Schutz des Lebens, Freizügigkeit, Familie, Privatsphäre, Bildung, Arbeit, politische Meinungsäußerung, aktives und passives Wahlrecht etc.).

Wer die Integration Geflüchteter möchte, muss die Ausgangsbedingungen dafür schaffen. Wenn wir Menschen vermitteln, dass sie und ihre Familien hier nicht gewollt sind, können wir nicht erwarten, dass sie sich in unsere Gesellschaft einbringen wollen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2018

Zum Autor



Eric Wrasse ist seit 2012 pädagogischer Leiter der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW). In den letzten drei Jahren hat er Modellprojekte im Bereich Politische Bildung und Inklusion Geflüchteter koordiniert. Er hat in London, Strasbourg und Warschau Politik studiert.

wrasse@ejbweimar.de

„Am Anfang war es nicht einfach, vor allem die Sprache zu lernen, weil ich keinen Sprachkurs oder Orientierungskurs besuchen durfte. Aber seit ich in einer WG wohne und arbeiten konnte, habe ich Freunde gefunden und besser Deutsch gelernt, es geht mir gut nun. Jetzt mache ich eine Ausbildung als Maler und Lackie-

rer. Wenn man sich anstrengt, kann man in Deutschland alles erreichen, sogar ich könnte studieren. Das ist sehr demokratisch.“

Asif, 21, aus Afghanistan, kam im August 2015 nach Deutschland

„Ich habe gerade einen Job in einem Imbiss angeboten bekommen. Aber ich lehne das alles ab. Ich muss Deutsch lernen. Sonst geht es nicht mit der Integration. Für meine Ausbildung brauche ich gutes Deutsch. Ich möchte zu Mercedes und Mechatroniker werden. Von politischer Bildung habe ich noch nicht gehört. Im

Deutschkurs lernen wir aber wie Deutschland funktioniert. Was Angela Merkel macht und was das Parlament ist. Die Bundesländer und die großen Städte in Deutschland kenne ich auch.“

Mohammad Habibi, 26, aus Afghanistan